

Protokoll des Einwohnerrates
27. Oktober 2021

Vorsitz	Pascal Schlegel, Einwohnerratspräsident (SVP)
Protokoll	Stefan Wagner, Gemeindeschreiber II
Präsenz	38
Ort	Turnhalle Dorf, Windisch
Entschuldigungen	Anne Sutter (SP) Renate Schraner (Die Mitte)
Aufschaltung Axioma	19. Januar 2022
Genehmigung	Dieses Protokoll gilt gemäss § 26 der Gemeindeordnung als genehmigt, wenn nicht bis zum 9. Februar 2022 Abänderungen oder Ergänzungen beim Büro des Einwohnerrates schriftlich verlangt werden.

Protokoll des Einwohnerrates**27. Oktober 2021**

Pascal Schlegel, Einwohnerratspräsident (SVP), heisst die Mitglieder des Einwohnerrates, des Gemeinderates und die anwesenden Pressevertreter zur Sitzung willkommen. Der Wunsch, die Sitzung wieder im Gemeindehaus durchzuführen ist leider nicht in Erfüllung gegangen.

T r a k t a n d e n l i s t e

- 1 Inpflichtnahme Claudio Ferrari (Die Mitte) als Mitglied des Einwohnerrates
- 2 Mitteilungen des Einwohnerratspräsidenten 27. Oktober 2021
- 3 Verpflichtungskredit Neue Führungsstrukturen Schule; Erhöhung Ressourcen Schulverwaltung
- 4 Verpflichtungskredit Schulsozialarbeit; Neuausrichtung und Ressourcenerhöhung
- 5 Budget 2022 der Einwohnergemeinde (inkl. Spezialfinanzierungen); Genehmigung
- 6 Kreditabrechnung Photovoltaik-Anlage auf der Schulanlage Chapf
- 7 Verpflichtungskredit Freibad Heumatten; Sanierung Nichtschwimmerbecken und Badewassertechnik
- 8 Verpflichtungskredit Erneuerung Spinnereibrücke
- 9 Revision Musikschulreglement
- 10 Gemeindeverband Regionale Wasserversorgung Birrfeld (REWA); Satzungsänderungen
- 11 Gesamtrevision Nutzungsplanung; Teiländerung Bauzonenplan für die Parzelle 1288; Bestimmungen zu Hochhäusern und höheren Häusern; Anhang V
- 12 Verpflichtungskredit Heilpädagogische Schule Windisch; Erneuerung Dach
- 13 Verpflichtungskredit Anschaffung Smart Meter und Projektierung LWL-Netz
- 14 Verpflichtungskredit Werterhalt und Ausbauten im Netz des Elektrizitätswerks Windisch
- 15 Motion SP-Fraktion "Hochhausregelung"; Überweisung
- 16 Postulat FDP-Fraktion "Substanzielle Reduktion Abwassergebühren"; Überweisung
- 17 Postulat SVP-Fraktion "Kostenlose Abgabe der IT-Geräte an Schülerinnen und Schüler beim Schulabschluss"; Überweisung
- 18 Postulat SP-Fraktion "Terminierung und Finanzierung von Velovorzugs-, Haupt- und Nebenrouten"; Überweisung
- 19 Beantwortung von gestellten Fragen 27. Oktober 2021
- 12 Mitteilungen des Gemeinderates 27. Oktober 2021
- 13 Neueingänge 27. Oktober 2021

**Protokoll des Einwohnerrates
27. Oktober 2021****1 Inpflichtnahme Claudio Ferrari (Die Mitte) als Mitglied des Einwohnerrates**

Pascal Schlegel, Einwohnerratspräsident (SVP), nimmt gestützt auf die Bestimmungen des Geschäftsreglements des Einwohnerrates für die Amtsperiode 2018/2021 in Pflicht:

- Claudio Ferrari (Die Mitte)

2 Mitteilungen des Einwohnerratspräsidenten 27.10.2021

Pascal Schlegel, Einwohnerratspräsident (SVP): Das Protokoll vom 16. Juni 2021 gilt in der vorliegenden Form als genehmigt und ist auf der Homepage aufgeschaltet worden. Die Legislaturperiode wird am 03. Dezember 2021 mit einem Nachtessen und Unterhaltsprogramm in der Stiftung FARO abgeschlossen. Die offizielle Einladung folgt.

3 Verpflichtungskredit Neue Führungsstrukturen Schule; Erhöhung Ressourcen Schulverwaltung

Bruno Graf, Gemeinderat (SP): Ab 1. Januar 2022 ändert die Schulführung stark. Die Schulpflegen sind abgeschafft, nicht jedoch ihre Aufgaben. Neu ist der Gemeinderat für die Führung der Schule, Strategie und Finanzen, verantwortlich. Letztes Jahr fanden in der Schule zwei parallele Entwicklungsprozesse statt. Einerseits die Organisationsentwicklung mit der Bildung der Schulleitungskonferenz und der Stärkung der Schulverwaltung, andererseits die Überführung der gesamten Schulführung an den Gemeinderat. Die Zuständigkeiten innerhalb der Schule sind geklärt. Die Musikschule und die Heilpädagogische Schule sind ebenfalls in der Schulleitungskonferenz eingebunden. Diese ist für die pädagogische Koordination und Führung zuständig, die Schulverwaltung ist für die Administration und Organisation verantwortlich und unterstützt die Schulleitungskonferenz. Ab 1. Januar 2022 unterstehen die Schulleitenden und die Teamleitung Schulverwaltung personell dem zuständigen Ressortvorsteher im Gemeinderat. Dieser wird in regelmässigen Sitzungen mit der Schulleitungskonferenz und Schulverwaltung die Aufgaben übergeordnet koordinieren. Das operative Tagesgeschäft erfolgt im Austausch zwischen Verwaltungsleitung und Leitung Schulverwaltung.

Viele Aufgaben der Schulpflege werden an die Schulleitung delegiert. Ein Delegationsreglement legt die Zuständigkeiten fest. Damit die neue Führungsorganisation funktioniert, müssen die notwendigen personellen Ressourcen vorhanden sein. Für die Schulleitungskonferenz, die pädagogische Leitung, stellt der Kanton neu 375 Stellenprozente zur Verfügung. Damit können die Aufgaben bewältigt werden. Die bisherige Unterstützung der Gemeinde im Rahmen von 30% entfällt. Für die Organisation der Schulverwaltung muss die Gemeinde die notwendigen Ressourcen bereitstellen, heute sind es 230 Stellenprozente. Die Schulverwaltung übernimmt zusätzlich Aufgaben der Schulpflege, der Schulleitenden, der Gesamtschule und der Musikschule. Gemeinderat und Schulverwaltung sind überzeugt, dass mit zusätzlichen 90 Stellenprozenten, total 320%, die alten und neuen Aufgaben bewältigt werden können. Zusätzliche Kosten entstehen keine, die Kosten für die Schulpflege und die erwähnten 30% entfallen. Die Botschaft zeigt unter Punkt 4.3 auf, dass die Kosten tiefer sind als bisher. Die neue Schulorganisation bindet die Musikschule stärker in die Schule ein. Diese Kosten muss die Gemeinde tragen, da sich der Kanton am Musikunterricht nicht finanziell beteiligt. An den Kosten der Musikschule, Leitung und Verwaltung, beteiligen sich die Vertragsgemeinden Hausen, Mülligen und Habsburg. Die Umorganisation, das erweiterte Angebot der Musikschule und die Einbindung in die neue Organisationsstruktur erfordert eine Anpassung der Personalressourcen für die Verwaltung. Der Gemeinderat beantragt dem Einwohnerrat eine Stellenaufstockung für die Schulverwaltung um 90 % auf 320 % und für die Verwaltung der Musikschule um 20% auf 40%.

Eintretensdebatte

Martin Gautschi (FDP): Wir beantragen Nichteintreten. Trotz Informationen von Bruno Graf ist die FDP einstimmig der Meinung, dass diese Botschaft ein Jahr zu früh kommt. Die Organisation ist noch nicht definitiv. Sie startet am 1. Januar 2022, Erfahrungen mit der neuen Schulführung fehlen. Diese Erfahrungen müssen zuerst gesammelt und analysiert werden und dann ist klar auszuweisen, wie viele zusätzliche Stellenprozente benötigt werden. Die Botschaft ist sehr detailliert, aber für uns kommt sie zu früh. Herr Hitz ist noch bis Mitte 2022 angestellt. Es ist sicher möglich, diese Anstellung bis Ende Jahr zu verlängern, damit wir eine gute Übergangslösung finden und am 1. Januar 2023 definitiv starten können. Es ist falsch das provisorische Budget in ein Definitives

umzuwandeln ohne Erfahrungen mit der neuen Organisation gesammelt zu haben. Wir sind deshalb einstimmig der Meinung, dass auf dieses Geschäft nicht eingetreten werden darf und erst nach einer Analyse ein neuer Antrag gestellt werden soll.

Bruno Graf, Gemeinderat (SP): Gut zu hören, dass die Botschaft sauber ausgearbeitet wurde. Was ich nicht verstehe, was passiert bei Nichteintreten auf die Botschaft? Am 1. Januar gibt es die Schulpflege nicht mehr, die Führung der Schule somit nicht geklärt. Die Ressourcen wären mindestens 90% zu tief. Die Schulleitungskonferenz wurde letztes Jahr aufgebaut und ist seit mehr als einem Jahr operativ tätig. Es gibt durchaus Erfahrungen und wir sind überzeugt, dass es in dieser Form gut überführt werden kann. Ich verstehe nicht, weshalb wir ein Jahr zuwarten sollen.

Martin Gautschi (FDP): Das ist der springende Punkt, das Pulver sollte nicht im Voraus verschossen werden. Kosteneinsparungen müssen möglich sein, wenn eine neue Organisation greift. Die Anstellung von Herr Hitz kann verlängert werden. Wir sehen nicht ein, weshalb das ganze Pulver bereits jetzt verschossen werden soll. Wie in der Wirtschaft gilt es zuerst zu prüfen, ob und in welcher Form eine Personalaufstockung notwendig ist. Herr Hitz ist noch da und wir sind guten Mutes, dass im neuen Jahr provisorisch gestartet werden kann. Gestützt auf die Erfahrungen sind anschliessend zügig die erforderlichen Pensen auszuweisen.

Paul Bitschnau (SP): Ich plädiere stark dafür, den Nichteintretens-Antrag abzulehnen. Die Aufgaben der Schulführung und der Schulpflege sind klar definiert. Es ist für alle Beteiligten eine grosse Herausforderung, die gleichen Leistungen mit weniger Ressourcen zu erbringen ist jedoch eine Katastrophe.

Stefan Fehlmann (EVP): Ich verstehe den Antrag ebenfalls nicht ganz. Ich verstehe, dass man gegen Stellenerhöhungen ist. Gleichzeitig wird auf die detaillierte Botschaft verwiesen, gibt dieser doch eine Chance. In der Wirtschaft schaut man voraus und schafft die Ressourcen im Zeitpunkt der Abschaffung der Schulpflege. Man wartet nicht zu und schaut die Sache in einem Jahr nochmals an.

Protokoll des Einwohnerrates**27. Oktober 2021**

Toni Burger (Die Mitte): Wir haben im Januar 2020 ein auf zwei Jahre befristetes Pensum von 80% bewilligt. Dies deckt sich mit dem Arbeitsende von Herr Hitz Mitte nächstes Jahr. Diese 80% stehen der Schulverwaltung somit nicht mehr zur Verfügung. Es muss vorausdenkend entschieden werden, was wir nächstes Jahr mit der Schulverwaltung machen. Wir müssen auf das Geschäft eintreten und den Antrag behandeln.

Elsbeth Hofmänner (Die Mitte): Bleibt Herr Hitz länger bei uns, wird dies ebenfalls Kosten verursachen.

Karin Hefti (FDP): Ich habe mir heute noch die Frage gestellt, was mit den Stellenprozenten von Ernesto Hitz passiert und habe Marco Wächter kontaktiert. Die befristete 80%-Stelle wurde im Sommer 2020 mit Ernesto Hitz besetzt, sie läuft im Sommer 2022 aus. Bei der Beratung der Botschaft im Januar 2020 ging man davon aus, dass diese Stelle nach Ablauf nicht mehr benötigt wird. Diese 80 Stellenprozente waren in den Budgets 2020, 2021 und 2022 eingestellt. Die Übergabe an eine Nachfolge soll nach dem heutigen Beschluss an die Hand genommen werden.

Mit dem heutigen Geschäft überlegen wir indirekt zwei Dinge: Einerseits Pensenaufstockungen 90 % Schule und 20 % Musikschule, andererseits die Überführung der befristeten Stelle von Ernesto Hitz in ein unbefristete Stelle. Dies hat ebenfalls Kostenfolgen. Meine Frage an den Gemeinderat: Diskutieren wir über die Erhöhungen von 90% und 20% und die Weiterführung der Stelle von Ernesto Hitz oder nicht?

Claudio Deragisch (SP): Ich plädiere klar für Eintreten. Bei der Diskussion über Herr Hitz vergisst man die Abschaffung der Schulpflege. Dies ist im Organigramm abzubilden. Es war nie die Idee, dass Herr Hitz dies alleine auffangen wird. Die Aufgaben von 5 Mitgliedern der Schulpflege müssen durch die Gemeinde und die Schule gemeinsam übernommen werden. Wie dies mit kleineren Ressourcen funktionieren soll ist mir nicht klar.

Heidi Ammon, Gemeindepräsidentin (SVP): Zu den Ausführungen von Karin Hefti: Bei der Anstellung von Herr Hitz wurde das bestehende Pensum der Schulverwaltung von 60% um 20% auf 80% erhöht.

Ich bin etwas irritiert. Die Überführung der Schulpflege in den Gemeinderat ist auf sehr gutem Weg. Wir diskutieren die Schulorganisation, die Schulverwaltung, nicht die

Überführung, und die notwendigen Stellenprozente. Lehnt der Einwohnerrat die Erhöhung ab, kann das letzte Jahr aufgebaute System nicht eingeführt und umgesetzt werden. Wir machen einen Schritt zurück. Wir haben mit Herrn Hitz Ordnung in die Schule gebracht und uns auf ein System geeinigt. Die Botschaft informiert über das weitere Vorgehen. Die Aufbauarbeiten sind abgeschlossen. Jetzt geht es darum, die notwendigen Ressourcen zu genehmigen.

Offene Abstimmung Eintreten

Der Einwohnerrat fasst mit 8 Ja-Stimmen gegen 26 Nein-Stimme wie folgt

B e s c h l u s s :

Der Antrag auf Nichteintreten wird abgelehnt.

Detailberatung

Toni Burger (Die Mitte): Bereits in der Vorlage im Januar 2020 waren die zusätzlichen Aufgaben aufgelistet. Aufgaben und Begründungen sind der heutigen Vorlage ähnlich. Eine Neuorganisation von Gemeinderat, Schulleitungen, Schuladministration ist nach Abschaffung der Schulpflege ab 2022 notwendig. Es bestehen immer noch Rückstände in den Verfahrensabläufen, die Schulleitungen müssen mehr von administrativen Arbeiten entlastet werden. Nach Diskussionen ist der Bedarf für die Fraktion ausgewiesen. Die Professionalisierung ist wichtig. In der Schule muss endlich Ruhe einkehren und die verschiedenen administrativen Abläufe, insbesondere auch die Kommunikation mit den Eltern und den Schülern muss wesentlich verbessert werden. Wie wir erfahren haben, geben die Eltern dem heutigen Betrieb schlechte Noten. Die Kommunikation zwischen Lehrerschaft und Schülern hingegen funktioniert. Die Mitte-Fraktion wird den Kreditbegehren zustimmen. Gefragt haben wir uns, ob es die Pensen nach Aufarbeitung der Rückstände noch braucht. Wir erwarten vom Gemeinderat bis Ende 2024 einen Situationsbericht. Insbesondere interessiert uns, ob die Informationswege zwischen Gemeinderat, Schulleitenden, Lehrerschaft und Schülern funktionieren. Wir empfehlen diese Überprüfung einer externen Stelle zu übergeben, beispielsweise der Fachhochschule.

Stefan Fehlmann (EVP): Ich schliesse mich Toni Burger an. Die Probleme der Schulpflege müssen wir leider unter Vergangenheitsbewältigung abhaken. Die Herleitung der

neuen Ressourcen ist plausibel. Persönlich zweifle ich, ob mit der zusätzlichen Verwaltungsstelle alle Themen erledigt werden können. Es wird viel von der strategischen Ebene auf die Schulverwaltungs-Ebene verschoben. Ich bin gespannt, ob die Entlastung der Schulleitungen genügt, um mehr Zeit für strategische Ziele zu haben. Ab 2022 haben wir drei Schulprofis im Gemeinderat: Bruno Graf, Ressortvorsteher, Isabelle Bechtel, heutige Schulpflegepräsidentin und Monika Treichler als Schulleiterin. Das muss gut kommen. Wir gehen davon aus, da schliesse ich mich auch Toni Burger an, dass der Gemeinderat die Organisation nach einer ersten Konsolidierung überprüft und den Mut hat, bei Bedarf Anpassungen vorzunehmen. Aus Erfahrung weiss ich, eine Verwaltung wird sich kaum aus eigenen Stücken reduzieren. Die EVP stimmt den beiden Anträgen zu.

Paul Bitschnau (SP): Zentrale Aufgaben der Schulleitungen sind neben Personalführung, Qualitätssicherung, Schul- und Unterrichtsentwicklung, die Organisation und Administration. Die Bewältigung des Tagesgeschäftes beansprucht in der Regel sehr viele Ressourcen, weil Administratives und Organisatorisches zeitnah erledigt werden muss. Für die anderen Aufgaben bleibt somit zu wenig Zeit. Diese sind zeitintensiv und meistens langfristig angelegt. Um dies zu verhindern braucht es eine starke, professionelle Schuladministration. Diese entlastet die Schulleitungen in ihrer täglichen Arbeit und verschafft ihr mehr Zeit für andere wichtige Aufgaben. Zudem kann sie, Windisch ist diesbezüglich gut aufgestellt, wichtige Querschnittsaufgaben für die ganze Schule übernehmen. Sei dies Informatik, Schulsport oder eben beim gewählten Konferenzmodell. Dieses bildet ein zeitgemässes Führungsverständnis ab, auch hier kann die Schulverwaltung wichtige Aufgaben übernehmen. Es ist mit den neuen Führungsstrukturen absolut sinnvoll, dass der Gemeinderat Aufgaben an die Schulleitungskonferenz delegiert. Deshalb braucht es eine starke, gut dotierte Schulverwaltung. Die Empfehlungen der SCASO sehen sogar 340 % für eine Schule in der Grösse von Windisch vor. Die Schuladministration steht weiterhin vor grossen Herausforderungen, obwohl dank der professionellen Arbeit von Ernesto Hitz vieles behoben werden konnte. In Berücksichtigung dieser Situation stimmt die SP den Stellenerhöhungen einstimmig zu. Noch eine kleine Nebenbemerkung: In anderen Gemeinden sind die zusätzlichen durch die Abschaffung der Schulpflege entstandenen freien Ressourcen auf den Gemeinderat verteilt worden. Windisch macht dies vorbildlich.

Novica Vidic (SVP): Die Änderung der Organisation lässt viele Fragen offen. Wird es funktionieren? Neue Prozesse, welche etabliert werden müssen, allenfalls Überraschungen, welche auftreten können. Es ist somit sinnvoll, zu Beginn mehr Ressourcen zur Verfügung zu stellen. Die SVP unterstreicht, dass die zusätzlichen Ressourcen nur für die Überführungsphase bis zur Etablierung der neuen Führungsstruktur gelten. Anschliessend ist die Rückkehr zum Normalbetrieb zwingend zu prüfen. Die SVP wird den beiden Anträgen zustimmen.

Fabian Schütz (SVP): Eine allgemeine Anmerkung zu den Anträgen aus dem Ressort von Bruno Graf: In beiden Botschaften wird konsequent der Gender-Stern verwendet. Die Gesellschaft der deutschen Sprache rät dringend von der Verwendung des Gender-Sterns ab. Die Bundeskanzlei und die Bundesverwaltung untersagen die Verwendung des Gender-Sterns. Ich bitte in den Botschaften darauf zu verzichten.

Offene Abstimmungen

Der Einwohnerrat fasst mit 31 Ja-Stimmen gegen 6 Nein-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Der Einwohnerrat genehmigt die Stellenaufstockung für die Schulverwaltung um 90 % auf neu 320 % und stimmt einem Verpflichtungskredit von CHF 85'600 für die wiederkehrenden Kosten zu.

Der Einwohnerrat fasst mit 30 Ja-Stimmen gegen 5 Nein-Stimme wie folgt

B e s c h l u s s :

Der Einwohnerrat genehmigt die Stellenaufstockung für die Musikschulverwaltung um 20 % auf neu 40 % und stimmt einem Verpflichtungskredit von CHF 22'560 für die wiederkehrenden Kosten zu.

4 Verpflichtungskredit Schulsozialarbeit; Neuausrichtung und Ressourcenerhöhung

Bruno Graf, Gemeinderat (SP): Windisch war eine der ersten innovativen Gemeinden, welche 1996 die Schulsozialarbeit eingeführt hat. Die Schulsozialarbeit ist heute etabliert und eine wichtige Unterstützung für die Schule. Die Anforderungen an junge Menschen sind komplex. Soziale Medien, die Suche nach der eigenen Identität, das Aneignen von eigenen Lebenskompetenzen, stark fordernde Lebensphasen und viele weitere Entwicklungsthemen beschäftigen die Kinder, Jugendlichen, Eltern und Lehrpersonen zu jeder Tages- und Nachtzeit. Mit dem Konzept 2007 war die Schulsozialarbeit am Anfang auf die Oberstufe ausgelegt. Im Laufe der Zeit haben zunehmend Kinder, Eltern und Lehrpersonen aus der Primarschule situativ Unterstützung durch die Schulsozialarbeit benötigt. Diese Entwicklung wird mit in den Jahresberichten klar belegt. Die Schulsozialarbeit kann deshalb auf allen Ebenen nur punktuell bei Einzelfallberatungen und Kriseninterventionen ihre wertvollen Leistungen erbringen. Prävention durch Gruppenarbeiten, Klasseninterventionen oder Projektarbeiten sind nicht mehr möglich. Dies ist sehr bedauerlich, wird doch mit Prävention in der Schulsozialarbeit, generell mit Sozialarbeit, nachweislich die grösste Wirkung erzielt. Wie hoch der Bedarf und wie wichtig die Ausweitung der Schulsozialarbeit auf die gesamte Schule ist, zeigt der Evaluationsbericht der Fachhochschule von 2019. Ich erwähne drei Empfehlungen: Das Konzept muss weiterentwickelt und auf den Lehrplan 21 ausgeweitet werden. Die Schulsozialarbeit soll auf allen Schulstufen angeboten und den Sozialen Diensten unterstellt werden. Das Konzept der Schulsozialarbeit aus dem Jahre 2000 ist auf dieser Basis überarbeitet und auf die heutigen Anforderungen der Schule ausgerichtet worden. Die Schulsozialarbeit muss ihre professionelle Arbeit von der 1. bis zur 9. Klasse anbieten und nicht nur in Krisen intervenieren können. Der Gemeinderat beantragt, der Schulsozialarbeit neu 170 % zur Verfügung zu stellen. Inbegriffen sind 10 % für die HPS, welche separat finanziert werden. 1'200 Schülerinnen und Schüler besuchen die Schule, sind sozial eingebunden und entwickeln sich hier. Es gibt 2'400 Eltern, über 200 Lehrkräfte und Mitarbeitende der Schule und ich hoffe bald 3 Schulsozialarbeitende. Die Schulsozialarbeit wird neu in die Sozialen Dienste integriert. Die Führungsverantwortung wird geklärt, die Neutralität der Schulsozialarbeit gestärkt. Der wichtige Austausch mit den Kolleginnen der Jugendarbeit, der Jugend- und Familienberatung, Integration und generell der Sozialen Arbeit wird einfacher und professioneller. Der Ge-

Protokoll des Einwohnerrates**27. Oktober 2021**

meinderat ist überzeugt, dass er mit einer präventiven Schulsozialarbeit unseren Jugendlichen die nötige Unterstützung in einer nicht immer einfachen Lebensphase bietet und ihnen den Übergang ins Erwachsenenleben erleichtert. Er beantragt die Genehmigung des Konzepts Schulsozialarbeit und die Stellenerhöhung um 90 %.

Bruno Kaufmann (FDP): Die FDP beantragt Nichteintreten. Es geht nicht um eine Neuausrichtung sondern um eine massive Stellenerhöhung. Eine Neuausrichtung mit der Logik, möglichst früh einzugreifen, würde genügen, dies könnten wir unterstützen. Ich beantrage Nichteintreten, weil es um eine massive Kostenerhöhung geht.

Bruno Graf, Gemeinderat (SP): 1996 war Windisch eine von 7 Gemeinden im Aargau, welche den Mut hatte, das Thema Schulsozialarbeit anzupacken. Die elementare Arbeit der Schulsozialarbeit wird durch unzählige Beispiele belegt. Die Umlegung des Pensums von 80% auf die unteren Schulklassen wird in der Primarschule mehr Wirkung erzielen. Diese ist aber nicht nachhaltig, da sie im oberen Bereich nicht begleitet werden kann. Es ist nachgewiesen, die Schulsozialarbeit braucht es über den ganzen Schulzeitraum. Ich bitte den Einwohnerrat das Geschäft zu behandeln und einen Entscheid zu fällen.

Martin Gautschi (FDP): Ich plädiere ebenfalls für Nichteintreten. Es geht um grundsätzliche Überlegungen. Die Kosten von CHF 120'000 sind wiederkehrend, die Leute werden langfristig angestellt. Die Eigenverantwortung der Eltern wird früh vergessen. Die Schule, respektive der Staat, sind nicht für alles verantwortlich. Mit 80 Stellenprozenten steht jemand an 4 Tagen zur Verfügung. Was passiert nach der Aufstockung um 100% in einem Jahr? Folgt eine nächste Erhöhung um 100%, weil noch mehr Probleme gelöst werden müssen? Die Eltern sind für ihre Kinder verantwortlich, nicht die Schule. Immer mehr wird alles ausgelagert und die Schule muss alles übernehmen. Wir müssen im Hinblick auf das neue Schulhaus an unsere Finanzen denken. Es ist genau hinzuschauen, wer für was verantwortlich ist. Ich bin klar für Nichteintreten.

Stefan Fehlmann (EVP): Die FDP scheint im Wahlkampfmodus zu sein, ich bezweifle, dass die Wahl so zu gewinnen ist. Ich verstehe es nicht. Bezüglich Kosten gehe ich mit Martin Gautschi einig, auch ich habe leer geschluckt, es ist viel Geld. Wir haben soeben CHF 400'000 für die Schulverwaltung bewilligt, nun sprechen wir über CHF 200'000 für

die Schulsozialarbeit. Dieses Geld ist gut investiert. Eigenverantwortung ist wichtig. Die Frage ist, ob alle Eltern diese wahrnehmen und ob es der Gemeinde nicht besser dient, wenn schwächere Kinder gestärkt werden können. Aktuell haben wir eine Feuerwehr für die Oberstufe. Es wird einiges teurer, wenn wir diese Leute in der Sozialhilfe haben.

Paul Bitschnau (SP): Wir sind bereits stark in der Detailberatung. Ich schliesse mich Stefan Fehlmann an, den Antrag unterstütze ich in keiner Art und Weise. Die Neuausrichtung ist wichtig. Die meisten Firmen haben eine Mensa. Soll den Mitarbeitenden kommuniziert werden, dass jeder sein Essen selber mitnimmt? Die Kinder kommen jeden Tag in die Schule. Es ist nicht möglich die Eltern in die Schule zu beordern, um zu schauen, ob ihr Kind ein Problem macht.

Mirjam Aebischer (SP): Ich verstehe den Antrag auf Nichteintreten nicht. Die FDP macht sich für eine gute Bildung stark. Bildung ist die Ressource der Schweiz. Bildung heisst nicht nur Zahlen und Fakten lernen, Bildung ist ganzheitlich zu verstehen. Ich glaube in diesem Sinne erübrigt sich der Antrag.

Offene Abstimmung Eintreten

Der Einwohnerrat fasst mit 12 Ja-Stimmen gegen 24 Nein-Stimme wie folgt

B e s c h l u s s :

Der Antrag auf Nichteintreten wird abgelehnt.

Detailberatung

Fabian Schütz (SVP): Die aktuelle Situation an der Oberstufe ist eine Feuerwehrübung. Fakt ist, an der Ober- und Unterstufe findet seit Jahren eine Intervention statt. Zu Mirjam Aebischer: Ja, die Bürgerlichen setzen sich für eine gute Bildung ein. Diese Kosten haben mit Bildung nicht viel zu tun. Ist das Bildungssystem von Anfang falsch aufgebaut, nützt alles Geld ausgeben nichts. Wir haben früher schon bessere Resultate mit weniger Geld erzielt. Auch wenn man nicht jede Stellenerhöhung unterstützt, kann man sich für eine gute Bildung einsetzen. Diese Unterstellung finde ich nicht richtig.

Protokoll des Einwohnerrates**27. Oktober 2021**

Bruno Graf, Gemeinderat (SP): Wir haben gestern den Jahresbericht 2021 der Schulsozialarbeit erhalten. Beeindruckend ist die Grafik auf Seite 10: 84 % der Interventionen sind auf Schülerinnen und Schüler ausgerichtet. Es sind vor allem Notfallsituationen, 7 % bei Familien und 9 % in Gruppen oder Klassen. Es bleibt keine Zeit um beispielsweise mit Lehrpersonen etwas vorzubereiten oder zu erarbeiten. Diese 84 % betreffen inzwischen die ganze Schule. Beispielsweise war die Schulsozialarbeit für einen Schüler der 3. Klasse da. Die Krise konnte bewältigt werden, eine saubere Begleitung war anschliessend nicht möglich. Die Realität hat das Konzept von 2007 überholt, es hat sich über die ganze Schule ausgedehnt.

Stefan Fehlmann (EVP): Die Kinder sind die Basis unserer Gesellschaft. Sozial Schwächere müssen auch einen Platz haben. In die Prävention zu investieren ist sinnvoll. Bruno Graf hat es gerade erwähnt, dies ist im Moment nicht möglich. Aktuell arbeitet eine Person, mit den zusätzlichen Stellenprozenten werden es 2-3 Personen sein. Es leuchtet mir ein, dass mehr Ressourcen geschaffen werden müssen. Nochmals: In Relation zur Schulverwaltung ist es die Hälfte. Ich finde es unterstützungswürdig, obwohl ich an den wiederkehrenden Kosten ebenfalls keine Freude habe. Es ist eine gute Investition. Für die EVP lohnt sich diese Investition und wir unterstützen die Anträge des Gemeinderates.

Luzia Capanni (SP): Wir freuen uns über den Verpflichtungskredit und den Antrag auf Ressourcenerhöhung befinden zu können. Beim Lesen der Unterlagen wird schnell klar, das Anliegen ist seit Jahren bekannt und dringend notwendig. Der Evaluationsbericht der FNHW von 2019 schliesst unter anderem mit folgenden Empfehlungen: „Die konzeptionellen Grundlagen der Schulsozialarbeit seien zu aktualisieren“. „Die Ressourcen für Stellenprozente der Schulsozialarbeit seien mindestens zu verdoppeln“ und weiter „Niederschwelligkeit und Fachlichkeit auf allen Ebenen gewährleisten“, „den personellen Ausbau der Schulsozialarbeit insbesondere für die Praxis an Kindergärten und Primarschulen voranzutreiben.“ Windisch war vor vielen Jahren im Aargau Pionier bei der Schulsozialarbeit. Heute ist Windisch mit den zur Verfügung stehenden Stellenprozenten pro Schülerin und Schüler am Schluss. Es wurde versäumt die Ressourcen den Schülerzahlen und den veränderten Rahmenbedingungen anzupassen. Die Ressourcenerhöhung ist seit langem überfällig. Der Gemeinderat beantragt deshalb die Stellenaufstockung der Schulsozialarbeit um 90 %, wobei 10 % an die HPS gehen, mit einem

Verpflichtungskredit von CHF 111'950.00 für die wiederkehrenden Kosten. Viel Geld, denken die einen, die anderen stellen fest, dass Windisch es über Jahre verpasst hat, in der Schule präventiv zu wirken.

Im neuen Konzept und in den Jahresberichten kann man sich ein Bild über die Bedeutung der Schulsozialarbeit machen. Sie trägt unter anderem zur Chancengerechtigkeit bei, fördert durch gezielte sozialpädagogische Massnahmen grundlegende Lebenskompetenzen von Schülerinnen und Schülern und reduziert Gefährdungssituationen. Frühes Erkennen von sozialen Problemen spart Kosten! Die Schulsozialarbeit arbeitet nicht nur mit Kindern und ihren Familien, sie hilft auch Lehrpersonen, mit schwierigen Situationen umzugehen. Der Arbeitsplatz Schule wird für Lehrkräfte attraktiver, weil sie auf Unterstützung zählen können. Gut ausgebildete und motivierte Lehrpersonen suchen ihren Arbeitsort unter anderem nach diesen Kriterien aus. Ich sage nicht die Schulsozialarbeit ist die Lösung aller Probleme – den Unterlagen ist zu entnehmen, dass sich die Schulsozialarbeit letztes Jahr mit mehreren suizidalen Fällen beschäftigt hat. Dazu kommen Fälle in Zusammenhang mit Gewalt und Mobbing. Die Schulsozialarbeit hat eine wichtige Rolle, wenn es darum geht, Gefährdungssituationen aus innerfamiliärer Gewalt zu verhindern.

Der Gemeinderat beantragt, mit der Schulsozialarbeit erst ab der 1. Klasse, in der Mitte des 1. Zyklus, zu beginnen. Wir verpassen so die Chance, frühzeitig auf schwierige Situationen zu reagieren. Prävention, Früherkennung und gezielte Intervention im Kindergarten haben zur Folge, dass sich Kinder gesünder entwickeln und teure, beispielsweise „Resozialisierungen“ wie Heimplatzierungen, Strafvollzug infolge Delinquenz etc., nachweislich vermieden werden können. Es gibt nur gute Gründe, die Schulsozialarbeit bereits im Kindergarten anzubieten. Der Kindergarten ist seit langem Bestandteil der obligatorischen Schulzeit, mit dem Lehrplan 21 und der Schulraumplanung soll er näher an die Schule rücken. Er gehört zum 1. Zyklus. Es macht keinen Sinn, die Unterstützung der Schulsozialarbeit aufzuteilen. Kindergarten und Schule sind „durchlässiger“. Die SP stellt aus all diesen Gründen folgenden Antrag:

„Die Schulsozialarbeit Windisch deckt alle Schulzyklen ab (d. h. vom 1. Kindergarten bis zur 3. Oberstufe). Dafür werden zusätzliche 30 Stellenprozente beantragt. Diese Stellenprozenterhöhung hat zusätzliche Personalkosten von CHF 32'400 pro Jahr zur Folge. Total entstehen CHF 144'350 wiederkehrende Kosten.“ Bei den allgemeinen Kosten entstehen keine Mehrkosten, da die 170 Stellenprozente bereits auf drei Personen

verteilt berechnet wurden. Das Konzept ist entsprechend anzupassen. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich verstehe, dass wir das Budget nicht noch mehr belasten wollen. Es ist definitiv der falsche Ort um zu sparen, es ist weder finanziell noch gesellschaftlich nachhaltig eingespartes Geld. Hans Melliger, ehemaliger Leiter der Jugendanwaltschaft, hat kürzlich folgende Aussage gemacht: "Ich gehe davon aus, dass auch Sie die Dentalhygiene aufsuchen um teure Zahnarztrechnungen zu vermeiden?" Massnahmen zur Prävention haben eine grosse ökonomische Effizienz. Wir danken für die Unterstützung des Antrages.

Novica Vidic (SVP): Mit verschiedenen Scheinargumenten wird für eine Annahme des Antrages geworben. Wir haben bereits ein Geschäft diskutiert und sehr viel Geld gesprochen. Der Vergleich mit anderen Schulen wurde erwähnt. Es ist unklar, ob wir das Schlusslicht aufgrund des Pensums sind oder weil unsere Kinder gewalttätiger und gefährdeter sind als andere. Liegt dies tatsächlich am Pensum der Schulsozialarbeit? Die Kindergärten brauchen die Schulsozialarbeit ebenfalls. Bisher haben wir jedoch noch kein Argument gehört, weshalb wir mehr Stellen benötigen. Die Schulsozialarbeit gibt es seit 20 Jahren. Es geht nicht darum, ob wir das gut finden oder nicht, es zeigt, dass ein Bedürfnis besteht. Heute geht es um die Notwendigkeit der Stellenaufstockung. Ich bin skeptisch, in erster Linie ist sehr viel Verantwortung der Eltern gefragt. Es braucht kein Kopfschütteln, selbstverständlich gibt es Eltern, die nicht klarkommen. In diesen Fällen kann der Lehrer helfen und manchmal muss externe Hilfe beansprucht werden. Eltern sind bei Suizidfällen überfordert, bekommen es vielleicht nicht einmal mit. Diese extremen Einzelfälle benötigen externe Hilfe. Von welcher Gewalttätigkeit sprechen wir? Selbstverständlich gibt es Gewalt, welche eine Intervention erfordert. Verpasst ein Kind wegen einem Fussballspiel seinem Gegner in der Hitze des Gefechtes eine Ohrfeige stellt sich schon die Frage, ob es eine Intervention braucht. Aus der Botschaft geht nicht klar hervor, ob in solchen Fällen interveniert wird. Diese Botschaft ist ein Werbeflyer, welcher erklärt, was wir alles können und machen. Nur die Frage, weshalb es eine Aufstockung braucht, wird nicht beantwortet. Sind die Leute zu stark belastet oder geht es um zusätzliche Aufgaben? Es ist kein Votum gegen die Schulsozialarbeit, es braucht sie bezüglich Gewalt, Mobbing. Wo ist die Abgrenzung der Schulsozialarbeit zu anderen Beratungsstellen, beispielsweise der Pro Juventute? Schwerpunktthemen, wenn nötig, Beratung und Hilfe, damit Jugendliche und Kinder psychisch gesund aufwachsen können. Sie beteiligen sich bei der Beratung von Eltern. Die Zielsetzungen der

Schulsozialarbeit sind „individuelle soziale Entwicklung“, „Eltern im Vertrauen ihrer erzieherischen Kompetenzen stärken“. Wo ist die Grenze, wo man entscheidet, dass es zusätzlich die Schulsozialarbeit braucht? Es gibt Fälle wo die Frage berechtigt ist, ob sich die Schulsozialarbeit damit befassen muss. Im neuen Konzept sind 30 Punkte aufgelistet, welche durch die Schulsozialarbeit erfüllt werden. Meine Meinung, dass sind nicht alles Aufgaben einer Schulsozialarbeit. Bei verschiedenen Punkten fragt man sich wie man das verstehen soll, beispielsweise die Auseinandersetzung mit dem gesellschaftlichen Normen- und Wertesystem. Unterstützung bei der Entwicklung der eigenen Werteorientierung – sollen Kindern die Werte erklärt werden oder sollen sie es selber herausfinden? Die Eltern geben den Kindern Werte mit und erst zu einem späteren Zeitpunkt setzen sich Jugendliche und Erwachsenen damit auseinander.

Aus all diesen Gründen, die Notwendigkeit der Pensenerhöhung ist nicht ausgewiesen, lehnt die SVP den Antrag ab.

Bruno Kaufmann (FDP): Es stimmt Mirjam Aebischer, die Bildung ist der FDP sehr wichtig. Die Kosten sind nicht proportional, das wichtigste ist der Lehrer. Das weiss ich nicht nur aus Berichten der Aargauer Zeitung, sondern von meinen Kindern. Wir müssen in den Lehrer investieren und nicht in die Verwaltung und deren Umgebung. Zu Luzia Capanni: Verglichen mit den Nachbargemeinden ist Windisch Pionier bei der Höhe des Steuerfusses. Wir sind deutlich an der Spitze. Mit der Annahme des Antrages erhöhen wir den Steuerfuss auf 115.5%. Wir sprechen nicht vom Sparen, sondern vom Erhöhen. Ich wertschätze die Schulsozialarbeit. Es ist wichtig, möglichst früh Vertrauen und Bewusstsein zu schaffen, es muss so eine Stelle geben. Diese muss bekannt sein, damit Kinder und Jugendliche wissen, wo sie sich bei Bedarf melden können. Die Botschaft fordert eine Ausweitung, eine Neuausrichtung würde genügen. Diese kann bis zum Kindergarten gehen, das macht Sinn. Wird der ganze Bereich einbezogen und früher eingegriffen, gibt es weiter oben weniger Probleme. Die Kosten sind wie eine Versicherung. Es wird jährlich in die Sozialarbeit investiert, damit man später nicht grössere Kosten und vor allem Probleme hat. Ob die Zielgruppe präventiv erreicht werden kann ist fraglich. Es sieht nach dem Prinzip Hoffnung aus und es besteht Missbrauchspotential. Wir haben gehört, dass gewisse Schüler einmal keine Lust auf eine Prüfung hatten. Nach einem Besuch bei der Schulsozialarbeit wurden sie dispensiert. Wir haben von Mobbingfällen gehört, welche trotz Schulsozialarbeit nicht gelöst werden konnten. Die

Schulsozialarbeit ist in diesem Ausmass weder im Bildungsauftrag noch im Lehrplan 21 enthalten. Ich bitte die Botschaft abzulehnen.

Fredy Bolt (SP): Als ehemaliger Lehrlingsverantwortlicher im Unispital Zürich erinnere ich daran, dass die Kosten für die Schulsozialarbeit eine Investition sind. Ein Bildungsgang, wie die Berufslehre, wird umso erfolgreicher absolviert, desto weniger Probleme und Konflikte aus einer früheren Bildungsstufe mitgeschleppt werden. Dies gilt wahrscheinlich für den gesamten Bildungsgang. Je weniger Dinge aus dem Kindergarten mitgeschleppt werden, umso erfolgreicher wird die Primarschule und je weniger aus der Primarschule mitgeschleppt wird, umso erfolgreicher wird die Oberstufe absolviert. Die Schulsozialarbeit ist nicht einfach ein Kostenfaktor, sie ist eine Investition in die Bildung und somit in die Wirtschaft. Misslungene Bildungsgänge sind immer ein wirtschaftliches Minus.

Esther Duran (Die Mitte): Wir schätzen den Mehrwert der Arbeit der Schulsozialarbeit für die heranwachsenden Kinder und Jugendlichen und ihr Umfeld. Die Herausforderungen in diesem für die Zukunft wichtigen Bereich werden immer komplexer. Die Mitte Fraktion befürwortet deshalb eine Erhöhung der Ressourcen, welche diesen Umständen angepasst sind. Im Aargau ist der Kindergarten seit 2013 Bestandteil der obligatorischen Volksschule und gehört gemäss neuem Lehrplan zum dreiteiligen Schulzyklus. Die wertvolle Dienstleistung muss auf die Kindergartenstufe ausgedehnt werden. Die dafür notwendige Erhöhung des Stellenpensums ist eine gute Investition, in der Hoffnung, dass durch frühzeitiges Handeln bei Auffälligkeiten Probleme in der Zukunft verhindert werden können. Aus all diesen Gründen stimmt die Mitte-Fraktion dem Antrag zu.

Martin Gautschi (FDP): Novica Vidic hat es angesprochen, in der Botschaft ist nirgends von einer Überlastung die Rede. Bei einer Anstellung von 80%, und wenn dauernd gearbeitet wird, gibt es 1'500 produktive Stunden. Wir haben 1'200 Schüler, somit steht mehr als eine Stunde pro Schüler zur Verfügung. In 13 Wochen Schulferien kann kompensiert oder aufgearbeitet werden. Oder was macht diese Person in diesen 13 Wochen? Schulbetrieb besteht keiner, Fälle zum Einschreiten gibt es nicht. Ich appelliere, wir müssen trotz verbesserter Finanzen nachhaltig denken und haushälterisch handeln. Die Botschaft belegt die Notwendigkeit dieser 100 Stellenprozente nicht.

Philipp Ammon (SVP): Ich nehme ein paar Voten auf. Der Mensa-Vergleich von Paul Bitschnau ist speziell. Ich bezahle in der Mensa, darf das Essen jedoch bei den Steuern nicht abziehen. Dieser Vergleich hinkt etwas. Wir sollten die Qualität der Botschaft diskutieren. 2007 gab es ein Konzept für die Oberstufe. Ein Konzept ist kein Reglement, es ist nicht bindend, es wurde einfach ausgedehnt. Dies mag legitim sein. Die befürwortenden Fraktionen pochen immer sehr auf die Einhaltung von Rahmenkrediten, von bewilligten Ausgaben. In diesem Bereich wird einfach akzeptiert, dass 13 Jahre nichts gemacht wurde und der Einwohnerrat dies gemäss Botschaft zustimmend zur Kenntnis genommen hat. Dies wird bereits 2007 so gewesen sein. Es wurde Geld für eine Aufgabe gesprochen, die einfach erweitert wurde. Ein Vergleich mit der Privatwirtschaft: Meine Mitarbeiter haben ihre Aufgaben. Erledigen sie diese nicht gemäss Auftrag, müssen sie nicht jammern, sie haben ihre Aufgabe falsch gelöst. Dies stört mich an dieser Botschaft und ich staune, dass die SP-Fraktion dieses Geld ausgeben will. Bei einem Schulhaus wird über ein Dach diskutiert, ob die Fenster richtig sind, ob die Investition nachhaltig ist. Hier erhalten wir eine Botschaft, einen Werbeprospekt, und man beantragt zusätzliche Mittel.

Ich stelle einen Ordnungsantrag: Die Botschaft ist zur Prüfung der FiGPK zuzuweisen. Dieses Geschäft ist nicht sauber bearbeitet und es wurde ein Bedarf geschaffen, welcher nicht existieren sollte.

Offene Abstimmung Ordnungsantrag Philipp Ammon

Der Einwohnerrat fasst mit 13 Ja-Stimmen gegen 22 Nein-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Der Ordnungsantrag von Philipp Ammon wird abgelehnt.

Luzia Capanni (SP): Ich frage mich, ob die Redner der SVP die Berichte genau gelesen haben. Die mehrheitlich in der Oberstufe notwendigen Interventionen sind klar ausgewiesen. Der Grund ist einfach, hier sind die grössten Feuerwehrrübungen notwendig. Es stehen keine oder kaum Ressourcen zur Verfügung, um präventiv auf der Unterstufe (1. und 2. Zyklus) zu arbeiten. Eine Ergänzung zur Aussage, dass Windisch im Moment am Schluss liegt. Die Prozentzahl berechnet sich aufgrund der Stellenprozente welche

pro Schülerin oder Schüler zur Verfügung stehen. Mir liegt eine Botschaft von Untersigenthal vor. Von 20 Schulen mit Schulsozialarbeiten liegt Windisch auf Platz 20. Da ist uns nicht zu unterstellen, wir hätten einfach etwas berechnet. Äussert euch erst, wenn ihr die Unterlagen genau studiert habt.

Bruno Schmid (SVP): Ich wollte mich eigentlich bei diesem Geschäft nicht äussern. Ich bin erschüttert über das Gesellschaftsbild, wie es teilweise auch von der Mitte vorgebracht wird. Kompetenzen von Eltern werden an sich gerissen, wir müssen begleiten, wir müssen intervenieren, wir müssen gewährleisten, dass sich die Kinder richtig entwickeln, wir müssen ein Wertesystem haben. Wer von diesen Kreisen konstruiert das Wertesystem? Mit läuft es kalt den Rücken hinunter, wenn ich höre, was die Schulsozialarbeit alles machen soll. Nach der Logik von Luzia Capanni müsste sie sich bereits bei jungen Ehepaaren einbringen, welche sich mit dem Kinderwunsch befassen. Spätestens im Gebärsaal muss ein Schulsozialarbeiter anwesend sein, damit die Situation im richtigen Moment aufgefangen werden kann. Es ist einfach erschreckend.

Noch ein Gedanke zur Finanzplanung: Bei den Finanzworkshops hatte ich das Gefühl, dass sich die Parteien bei den Perimetern für die Finanzierung der anstehenden Investitionen gefunden haben. Zusätzlich benötigen wir den Rückhalt beim Volk. Heute Abend zeigt sich ein ganz anderes Bild, das Bild des verlorenen Augenmasses. Ich zitiere einen Satz aus der Botschaft: Dem Gegenüber steht allerdings die Schwierigkeit, Kosten und Nutzen abzuwägen. Ich frage mich, ob heute Abend der Startschuss für das Auseinanderdividieren des Einwohnerrates bezüglich Prioritären bei den kommenden finanziellen Herausforderungen gefallen ist. Dies aufgrund eines übergeordneten Anspruchs von Links. Ich weiss nicht, ob wir im Hinblick auf die bevorstehenden Abstimmungen eine gute Ausgangslage schaffen.

Karin Hefti (FDP): Ein Wort zu den wiederkehrenden Kosten, losgelöst von der Schulsozialarbeit. Die laufende Erhöhung von wiederkehrenden Kosten im Budget ist schwierig. Ich verweise ebenfalls auf die drei Finanzplanworkshops, die Finanzierung der Schulanlage sollte sichergestellt werden. Nach Anhörung der Fraktionen hat der Gemeinderat die Strategie geändert. Die Zustimmung wird nicht mehr an eine Steuerfusserhöhung gekoppelt, auch nicht an eine Etappierung der Investitionen. Die Entwicklung soll abgewartet, die wiederkehrenden Kosten im Auge behalten, allenfalls eine höhere Verschuldung in Kauf genommen werden. Die Krux sind die wiederkehrenden Kosten. In der letzten

Sitzung wurde die Motion für ein Jugendparlament überwiesen. Wir haben Themen, welche schön und wichtig sind, aber die Frage ist, "nice to have" oder "must". Mit dieser Botschaft bewilligen wir wiederkehrende Kosten, die sich auf den Steuerfuss auswirken werden. Es ist wichtig, dies beim Entscheid zu berücksichtigen.

Fabian Schütz (SVP): Gemäss Fredy Bolt werden die Probleme aus der Vorstufe mitgeschleppt. Realität ist, dass die Probleme zu Hause kreiert und dann in die Schule geschleppt werden. Die Schule kann die Probleme nur begrenzt lösen, die meisten lassen sich gar nicht in der Schule lösen. Auch bei einer Erhöhung der Pensen auf 800% ist es nicht möglich, beim Kind zu Hause zu überprüfen, ob es vom Vater aufgrund des schlechten Zeugnisses eine Ohrfeige kassiert. Für die Intervention braucht es Ressourcen. Diese reichen offensichtlich aus, um an der Primarschule und der Oberstufe tätig zu sein. Wir können weiterfahren wie bisher. Das Lieblingsargument der Linken: Die Attraktivität für die Lehrer. Soeben haben wir darüber gesprochen, dass die Lehrer an der Oberstufe in den letzten Jahren viel Verantwortung bei Veranstaltungstätigkeiten und Nebenjobs in den Schulhäusern abgeben konnten. Nun sollen die Pensen der Schulsozialarbeit erhöht werden, damit wieder mehr Projekte realisiert werden können. Darf man von den Lehrern noch etwas verlangen? Alle haben einen Bachelor- oder einen Masterabschluss. Sie verfügen über die Kompetenz um präventiv tätig zu sein und haben die Gelegenheit, weil sie mit den Kindern 25 bis 30 Stunden in einem Raum verbringen. Wie es bereits gesagt wurde: Die Lehrer sind die wichtigste Investition und sie verfügen über die Kompetenz niederschwellig und präventiv zu wirken.

Novica Vidic (SVP): Danke Luzia Capanni, die Liste zeigt, wieviel Schulsozialarbeiter prozentual auf wie viele Mitarbeiter aufgeteilt sind. Die Liste sagt nichts über die Qualität aus, sondern nur über die Anzahl geteilt durch Anzahl Schüler. Schaffen wir gleich 5 neue Stellen, dann sind wir auf Platz eins der Liste und alle Probleme sind gelöst. Gemäss Mitte ist es eine lohnende Investition. Ob eine Investition gut oder schlecht ist muss messbar sein. Sie ist in der jetzigen Situation nicht messbar, man weiss nicht ob es sie braucht. Einen weiteren Punkt werden wir beim Budget noch sehen. Aufgrund einer kantonalen Abstimmung fehlen weitere 0.5 Mio. CHF. Wir haben grosse finanzielle Projekte zu stemmen und können nicht einfach hier und dort CHF 100'000 sprechen.

Martin Gautschi (FDP): Man darf sich nicht nur auf Statistiken und Listen abstützen. Wir dürfen durchaus besser als andere Schulen sein und eine effizientere Lösung wählen. Der Sollbestand lässt sich nicht aus einer Tabelle ablesen. Ich finde es wichtig, dass man von den Lehrern etwas verlangen darf. Sie können die Kinder am besten überwachen, weil sie permanent mit ihnen im Schulzimmer sind.

Mirjam Aebischer (SP): Wunderbar, wie die bürgerliche Saalseite heute im Wahlkampfmodus ist. Ob dies zielführend ist, weiss ich nicht. Ich bitte die Diskussion abzubrechen, die Meinungen sind gemacht.

Stefan Fehlmann (EVP): Die Meinungen sind gemacht. Die EVP unterstützt die zusätzlich beantragten Prozente der SP nicht. Verwaltung und Gemeinderat leisten grundsätzlich gute Arbeit. Gewisse Voten sind etwas respektlos dieser Arbeit gegenüber. Der Einwohnerrat darf durchaus kritisch sein. Aber der Einwohnerrat weiss nicht alles besser und der Gemeinderat überlegt nicht einfach nichts. Die Meinungen sind gemacht, die Diskussion ist zu beenden.

Paul Bitschnau (SP): Eine Ergänzung zum Votum von Stefan Fehlmann. Die Fachhochschule hat eine Evaluation durchgeführt und das Resultat ist klar, das Konzept soll ausgebaut und auf alle Schulstufen ausgedehnt werden. Dies basiert auf Erfahrungswerten anderer Schulen. Es ist nicht angebracht, diese einfach abzuwerten. Verschiedene Aussagen passen in das klassische Links/Rechts-Schema. Zu den Lehrpersonen: Der Markt ist komplett ausgetrocknet, es hat zu wenige Lehrpersonen. Wenn der Beruf so super attraktiv ist, meldet euch bitte, wir brauchen Lehrpersonen. Aber die Rahmenbedingungen sind nicht gut, teilweise sehr schlecht. Es gibt mehr Geld, aber Geld macht in diesem Beruf offensichtlich nicht glücklich. Viele beginnen mit dem Studium, aber 30% hören nach 4 bis 5 Jahren auf, weil es ihnen zu komplex ist und die Situationen zu herausfordernd sind. Ich mache mich doch nicht kaputt. Immer wieder hört man die Aussage „Ja, die Lehrer, 13 Wochen Ferien“ und die Schulsozialarbeiter arbeiten einfach mehr in der Schulzeit. Trotz 80 % ist die Anwesenheit in der Schule 100%. Die Schulsozialarbeit macht einen sehr guten Job, einen wichtigen Job für die Kinder, die Lehrpersonen, die Schule und für die Gesellschaft.

Zum Zyklus 1: Der Zyklus 1 kann nicht auseinandergenommen werden. Die Volksschule beginnt nicht mit der 1. Klasse, sie beginnt im Kindergarten. Deshalb ist es

wichtig, dass bereits ab dem Kindergarten aufbauende Ressourcen vorhanden sind. Ich verweise auf die Empfehlungen der Fachhochschule. Es ist nicht einfach eine Idee, der Antrag hat Hand und Fuss, ebenso unser Antrag.

Toni Burger (Die Mitte): Kurz zum Zusatzantrag der SP: Wir befürworten grundsätzlich, dass der Kindergarten in das neue Konzept einbezogen wird, jedoch ohne zusätzliche Mittel. Noch eine Anmerkung, dass Investitionen messbar sein müssen. Der Bereich Investitionen in die Zukunft ist nicht messbar. Windisch ist stark gewachsen, es hat nicht nur mehr Kinder, sondern auch mehr Probleme. Es ist wichtig, dass die Schulsozialarbeit wie bisher jährlich Bericht erstattet, damit wir uns ein Bild über die Situation und die Auslastung machen können.

Bruno Graf, Gemeinderat (SP): Zum Thema Messbarkeit von Investitionen. Es gibt genügend Untersuchungen von Büros, welche unisono sagen: Eine Investition in die Zukunft von Menschen, Bildung, Schulsozialarbeit etc. hat mindestens einen Faktor von 1.5. Es ist etwas von der Dauer abhängig, aber es gibt genügend Untersuchungen. Es mag nicht bei jeder Person zutreffen, aber insgesamt sind die Auswirkungen positiv. Deshalb informiert die Botschaft, welche Summe zurückkommen wird. Wird mit 1.5 über all die Jahre gerechnet, ist es ein return of invest.

Offene Abstimmungen

Gegenüberstellung Anträge Gemeinderat / SP

Auf den Antrag Gemeinderat entfallen	21
Auf den Antrag SP entfallen	17

Protokoll des Einwohnerrates

27. Oktober 2021

Offene Abstimmungen

Der Einwohnerrat fasst mit 24 Ja-Stimmen gegen 11 Nein-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Das vorliegende Konzept „Schulsozialarbeit Windisch“ vom 24. März 2021 wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

Der Einwohnerrat fasst mit 24 Ja-Stimmen gegen 12 Nein-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Der Einwohnerrat genehmigt die Stellenaufstockung für die Schulsozialarbeit um 90 % und stimmt dafür einem Verpflichtungskredit von CHF 111'950 für die wiederkehrenden Kosten und von CHF 22'300 für die einmaligen Kosten zu.

5 Budget 2022 der Einwohnergemeinde (inkl. Spezialfinanzierungen); Genehmigung

Heidi Ammon, Gemeindepräsidentin (SVP): Das Budget 2022 ist wie immer sorgfältig mit unseren Abläufen erarbeitet worden. Die Abteilung Finanzen hat im Sommer eine Hochrechnung 2021 erstellt. Der Gemeinderat hat die Stellenerhöhungen bei Schulverwaltung und Schulsozialarbeit beschlossen, die 2022 geplanten Investitionen festgelegt und den Finanzplan aktualisiert. Der Gemeinderat hat das Budget in zwei Sitzungen diskutiert und in der vorliegenden Form genehmigt. Der informative und ausführliche Budgetbericht ist von der Abteilung Finanzen, in Zusammenarbeit mit dem operativen Leitungsteam, erstellt worden.

Meine Ausführungen konzentrieren sich auf die Finanzworkshops und die Finanzplanung, auf das Budget 2022 gehe ich nur kurz ein. Der Finanzplan muss nicht vom Einwohnerrat genehmigt werden. Gestützt auf die durchgeführten Finanzworkshops äussere ich mich zum Resultat. Die Fraktionen waren je mit einer 2-er Delegation in den drei Workshops vertreten und es wurden verschiedene Themenblöcke bearbeitet. Die Delegation hatte die Aufgabe, ihre Fraktion zu informieren. Für jeden Workshop-

Block wurde ein Fragebogen erstellt und den Fraktionen zur Vernehmlassung zugestellt. Um alle auf den gleichen Wissensstand zu bringen, haben wir am Anfang kurz in die Gemeindefinanzen eingeführt und die Begrifflichkeiten erklärt. Die Desinvestitionen waren ein Thema, der Sanierungsbedarf der einzelnen Liegenschaften wurde aufgezeigt. Roland Schneider war für die geraffte Information verantwortlich. Investitionen / Desinvestitionen im Hinblick auf die anfallenden Sanierungskosten, Investitionen / Sanierungen derjenigen Liegenschaften, auf welche nicht verzichtet werden kann. Wir haben uns mit dem Dienstleistungsabbau auseinandergesetzt, geprüft wo reduziert werden kann und wo nicht. Die Diskussion war sehr spannend, teilweise wurde zurückgemeldet, dass Vorschläge vom Gemeinderat erwartet werden. Mit der Erarbeitung des Budgets legt der Gemeinderat die Ausrichtung für das nächste Jahr fest. Diese wird von der Mehrheit des Gemeinderates getragen. Kürzungen, dies zeigt die heutige Diskussion, sind Aufgabe des Einwohnerrates. Er muss sie positionieren und beschliessen. Der Gemeinderat, respektive die Abteilung Finanzen, hat viel Zeit in den Finanzplan investiert und verschiedene Szenarien erarbeitet, gestartet sind wir mit fünf. Aufgrund der Wünsche aus dem Finanzworkshop wurden diese erweitert, am Schluss lag ein sehr umfangreiches Papier vor. Ebenfalls Thema war die Schuldenbremse. Wir führen seit Jahren die Finanzstrategie mit den wichtigsten Kennzahlen. Daraus kann der Gemeinderat sehr gut ablesen, in welche Richtung es geht und er ist in der Lage, die Notbremse rechtzeitig zu ziehen. Die Schuldenbremse, so wie sie dargestellt und speziell in Aarau geführt wird, ist ein sehr schwieriges Papier. Die Erarbeitung braucht sehr viel Zeit, zudem ist die Aussagekraft weniger klar, als bei unserer Finanzstrategie. Spannend war für mich die Auslegeordnung zum Thema Steuerfuss. Der Gemeinderat hat immer propagiert, dass er mit dem Baukredit Schulanlage Dohlenzelg ausweisen kann, ob es eine Steuerfusserhöhung braucht. Es gibt Fraktionen, die keine Steuerfusserhöhung propagieren und den Steuerfuss von 115% lieber senken würden. Andere Fraktionen haben erstaunlicherweise ihre Aussagen geändert. Ich habe Aussagen in Erinnerung wie: Eine Steuerfusserhöhung gekoppelt mit dem Bau der Schulanlage spielt keine Rolle. Keine einzige Fraktion hat zurückgemeldet, dass sie eine Steuerfusserhöhung propagiert und diese als unproblematisch ansieht. Ich habe heute Abend Voten gehört „Sind wir im Wahlkampf?“ Ich bin es nicht mehr, aber bis zum Zeitpunkt der Rückmeldungen habe ich mir auch Gedanken gemacht, ob wir bereits im Wahlkampf sind. Es ist dem Gemeinderat sehr wichtig, dass der Bau der Schulanlage im ersten Durchgang genehmigt wird. Die neue Exekutive wird diskutieren, ob die Verschuldung

pro Einwohner etwas und wenn ja um wieviel erhöht wird. Oder muss der Steuerfuss erhöht werden, damit Mehrkosten im Verwaltungsbereich, Stellenprozent erhöhungen, neue Arbeiten, Ausrichtungen, ebenfalls Platz haben. Der Gemeinderat ist auf dem Weg, dass die Schulanlage Dohlenzelg mit einem Steuerfuss von 115% finanziert werden kann. Dies erfordert Parameter. Die laufenden Kosten dürfen nicht regelmässig steigen. Es wurde erwähnt, diese Kosten sind nicht zu unterschätzen. Sehr wichtig ist der Parameter bei der Verschuldungsgrenze. Ich habe bereits erlebt, was es heisst, eine Verschuldungsgrenze zu präsentieren, welche eine Steuerfusserhöhung um 8% nötig gemacht hat, wie man einen Finanzfehlbetrag abtragen und eine tragbare Verschuldungshöhe erreichen kann. In den nächsten zehn Jahren stehen Investitionen mit einem Volumen von 60 Millionen, allenfalls noch etwas mehr, an. In 10 Jahren haben wir noch nicht alle Verwaltungsliegenschaften saniert, weitere Sanierungen stehen an. Den Parametern muss in den nächsten Jahren grösste Aufmerksamkeit geschenkt werden. Es muss ein Weg gefunden werden, unsere Immobilien in Stand zu halten. Wir wollen der nächsten Generation keinen Sanierungsfall hinterlassen, weder finanztechnisch, noch beim Sanierungsbedarf der Immobilien. Ich bin froh, dass wieder über die Parameter diskutiert wird. Die vom Einwohnerrat gefällten Entscheide müssen vom Gemeinderat nach bestem Wissen und Gewissen umgesetzt werden. Der Einwohnerrat kann die überarbeitete Finanzplanung einsehen. Der sehr umfangreiche Bericht zeigt, seit dem Sanierungsfall vor 15 Jahren hat sich vieles verändert. Die Steuerkraft ist besser geworden, liegt aber immer noch unter dem Kantonsschnitt. Es gilt aufzupassen, was noch alles kommt, sowohl bei den Investitionen wie bei der Weiterentwicklung der jährlichen Ausgaben. Ziel des Gemeinderates ist und bleibt, die Gemeinde mit den anstehenden Investitionen nicht in ein Sanierungs- bzw. Finanzierungsproblem zu steuern. Diese Erfahrungen sind mir noch sehr nahe und ich möchte dies niemandem weitergeben. Ich habe erlebt was es für einen Finanzverwalter heisst, wenn er merkt wohin es geht und er politisch keine Wirkung erzielen kann. Alles andere als angenehm. Ich fühle mich dafür verantwortlich, dass die Angestellten die Entscheide des Einwohnerrates tragen können und ihre Stelle nicht wechseln sondern behalten wollen, weil man einander versteht. Um das Ziel, den Bau der Schulanlage ohne Steuerfusserhöhung zu erreichen, braucht es von allen ein Mitdenken, Mitgestalten, Mitwirken und speziell in gewissen Bereichen eine Kompromissfähigkeit. Der Gemeinderat wird die Finanzworkshops weiterführen und diese, bis wir wieder einen etwas schöneren Horizont sehen, jährlich ein- bis zweimal durchführen. Die Finanzen sollen auf einem guten Weg

miteinander diskutiert werden, anschliessend gilt es zu den Beschlüssen zu stehen und miteinander die Situation zu tragen. Sehr wichtig ist die Kommunikation, auch das Gefühl, dass man gehört worden ist und deshalb mittragen kann. Der Gemeinderat ist überzeugt, mit einer gemeinsamen Kommunikation und Diskussion, der Bevölkerung in nicht allzu ferner Zukunft den Baukredit für die Schulanlage vorlegen zu können. Dieser muss von Allen, ich betone es nochmals, auf Anhieb verstanden und getragen werden. Die Schulanlage Dohlenzelg ist es Wert auf Anhieb zu gewinnen und nicht einen zweiten oder dritten Anlauf nehmen zu müssen. Die Anlage ist am Lebensende. Besten Dank, dass wir die Finanzahlen miteinander diskutieren und später Entscheide fällen können.

Die Investitionstätigkeit nimmt 2022 zu und wir rechnen mit Ausgaben von rund CHF 3.5 Millionen. Die grössten Projekte sind die Projektierung Schulanlage Dohlenzelg, die Sanierung des Nichtschwimmerbeckens Freibad Heumatten und die Erneuerung der Spinnereibrücke. Die Investitionen können zu rund 50 % selber finanziert werden. Die Verschuldung wird 2022 voraussichtlich um CHF 1.7 Mio. ansteigen und bei CHF 2.9 Mio. liegen. Der Gemeinderat empfiehlt dem Einwohnerrat das Budget 2022, auf den aktuellen Daten und den neusten Kenntnissen basierend, mit einem Aufwandüberschuss von CHF 467'000 zu genehmigen. Der Gemeinderat empfiehlt dem Einwohnerrat das Budget 2022 mit einem Steuerfuss von 115 % zu genehmigen. Ich danke für die Unterstützung.

Daniel Brassel, FiGPK (EVP): Die FiGPK hat das Budget geprüft. Es ist vollständig, die Budgetierungsprozesse sind nachvollziehbar und ausführlich begründet. Bei der Prüfung des Budgets sind keine wesentlichen Ungereimtheiten oder kritischen Punkte aufgefallen. Der budgetierte Verlust von rund ½ Mio. ist unerfreulich. Die Gründe sind im Budgetbericht und durch Heidi Ammon ausführlich erklärt worden. Für die Kommission sind diese grundsätzlich nachvollziehbar. Wir danken Michael Schleuniger und seinem Team für den sehr ausführlichen, informativen und verständlichen Budgetbericht. Gerne halte ich im Namen der FiGPK fest, dass der Informationsgehalt und die Qualität der Berichte der Abteilung Finanzen in den letzten vier Jahren merklich zugenommen haben. Aufgrund unserer Prüfung empfehlen wir die Annahme des Budgets und danken dem Gemeinderat und der Verwaltung für die gute Zusammenarbeit. Mittlerweile bin ich zuversichtlich, dass die FiGPK in dieser Legislatur keine weiteren Prüfungsaufträge mehr erhalten wird. Ich danke meiner Kollegin und meinen Kollegen

für die gute Zusammenarbeit, die konstruktiven und wertvollen Diskussionen sowie das grosse Engagement in den letzten vier Jahren.

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Werner Rupp (SVP): Die SVP hat das Budget geprüft und das dicke Buch gelesen. Die kleinste Ausgabe liegt bei CHF 40.00, die grösste bei CHF 5.7 Mio. Fragen haben die Kosten für das Aufbewahren der Gemeinderatsprotokolle aufgeworfen. Die Jahre 2005 bis 2020 müssen für CHF 13'000 nachgeholt werden. Alles ist ausführlich erläutert und gut zu finden. Die SVP dankt der Abteilung Finanzen und Michael Schleuniger für das ausführliche Buch herzlich.

Toni Burger (Die Mitte): Herzlichen Dank an den Gemeinderat, die Verwaltung und speziell Michael Schleuniger für die umfangreichen Informationen, Details und Begründungen. Budgetiert sind ein Minus von CHF 460'000 und Investitionen von CHF 3.6 Mio. Entgegen anderer Jahre sind keine hohe einmalige Ausgaben budgetiert. Bei sehr vielen Positionen sind die Kosten höher budgetiert. Dies wird die Gemeinde stärker belasten, so bei der IT/EDV in Verwaltung und Schule. Das Budget 2022 ist gegenüber dem Budget 2021 fast eine Million höher und um 1.5 Mio. höher als die Rechnung 2020. Der Unterhalt der Hochbauten nimmt um CHF 250'000 zu, CHF 600'000 sind es gegenüber der Rechnung 2020. Besteht ein grosser Nachholbedarf und sind noch weitere Auswirkungen zu erwarten? Zusätzlich sind die nicht beeinflussbaren Aufwendungen zu berücksichtigen, die teilweise in den genannten Positionen bereits enthalten sind. Zum Beispiel die Erhöhung der Lehrerlohnanteile, Ausgaben der materiellen Hilfe. Diese Position enthält wahrscheinlich die grössten Unklarheiten. Es folgen die bewilligten Stellenerhöhungen von Schulverwaltung und Schulsozialarbeit und höhere Abschreibungen aufgrund der Investitionen im Jahr 2021.

Die Investitionen von 3.6 Mio. sind im Rahmen unserer Möglichkeiten bzw. sind ein Muss für eine Gemeinde unserer Grösse. Die beiden Budgetkredite belaufen sich auf CHF 218'000. Wir kommen später noch darauf zurück. Den Steuerertrag zu ermitteln ist etwas vom Schwierigsten. Es ist nicht möglich, zu viele Faktoren spielen mit. Ob der Gemeinderat 2022 ebenfalls pessimistisch kalkuliert hat, wissen wir in 1.5 Jahren. Die

**Protokoll des Einwohnerrates
27. Oktober 2021**

festgesetzte Höhe entspricht eher den tatsächlichen Verhältnissen als die Prognosen für 2021. Im Frühling 2022 stimmen wir über den höheren Versicherungsabzug und die Reduktion des Höchststeuersatzes für juristische Personen ab. Der Gemeinderat rechnet mit einem Ja, beide Faktoren sind berücksichtigt.

Wir haben lange über Kürzungsanträge diskutiert. Wir verzichten darauf und hoffen, dass die Aufwandpositionen nicht ausgeschöpft werden. Im Hinblick auf den Finanzbedarf der Schulanlage Dohlenzelg erwarten einen sparsamen Umgang mit den finanziellen Ressourcen. Der Einwohnerrat soll bei der Abnahme der Rechnung 2022 wieder für ein positives Ergebnis Danke sagen können. Bei den Spezialfinanzierungen werden, ausgenommen die Abfallbewirtschaftung, höhere Verluste budgetiert und es sind hohe Investitionen von jeweils rund 1 Mio. geplant. Die Werke sind noch gut aufgestellt, es gilt die Situation im Auge zu behalten. Wir danken der FiGPK für ihren Bericht, welcher, aufgrund der guten gemeinderätlichen Vorlage, kürzer ausgefallen ist, aber sehr nützlich für unsere Vorberatungen war.

Finanzplan Einwohnergemeinde 2022 bis 2031: Die Workshops haben nach unserer Ansicht Früchte getragen. Die verschiedenen politischen Ansichten haben den Gemeinderat gezwungen, den ersten Entwurf des Finanzplans zu überarbeiten. Der Finanzplan berücksichtigt von allen politischen Anliegen etwas. Je nach politischer Ausrichtung sind mehr oder weniger Anliegen erhalten, die einen sind mehr, die anderen weniger begeistert. Der finanzielle Spielraum wird am Ende des Planungszeitraums sehr eng. Ob ausserordentliche Ereignisse noch bewältigt werden können ist fraglich. Die Finanzkennzahlen, insbesondere die Höhe der Schulden, müssen angepasst werden. Persönlich nehme ich den Finanzplan positiv zur Kenntnis. Die Mitte Fraktion stimmt dem Budget und dem Steuerfuss von 115 % zu.

Luzia Capanni (SP): Der Gemeinderat beantragt, das Budget 2022 mit einem Aufwandüberschuss von CHF 476'000 und einem unveränderten Steuerfuss von 115% zu genehmigen. Wie für die FiGPK ist auch für uns ein negatives Gesamtergebnis von CHF 476'000 für ein normales Jahr, nach Einschätzung Gemeinderat, irritierend. In den letzten Jahren ist jedoch aus einem Budget mit negativem Ergebnis eine Rechnung mit positivem Ergebnis geworden. Das Budget ist in seiner Gesamtheit schwer einzuschätzen. Es liegt wahrscheinlich näher an der Realität als frühere Budgets. Die grössten Veränderungen gegenüber dem Budget 2021 bewirken zwei kantonale Gesetzesände-

rungen. Die Anpassung des Lehrerlohndekrets ist beschlossen. Der Grosse Rat wird voraussichtlich Ende Jahr über die kantonale Steuergesetzrevision mit der Senkung der Gewinnsteuern und der Erhöhung des Versicherungsabzugs abstimmen. Mit Behördenreferendum wird das Stimmvolk frühestens im April darüber befinden können. Die noch nicht beschlossenen Steuergesetzänderungen werden den neusten Zahlen zufolge für Windisch längerfristig zwischen CHF 600'000 bis CHF 800'000 Einnahmenausfälle zur Folge haben. Wir dürfen uns durch die CHF 500'000 und das „Zückerli“ des Kantons nicht irritieren lassen, welcher die Ausfälle bis 2025 kompensieren will. Mindereinnahmen in dieser Höhe machen den Spielraum für die Gestaltung der Gemeinde zwischen Einnahmen und gebundenen Ausgaben noch enger. Wir alle wissen, wie schwierig es ist, solche Ausfälle mit einer kommunalen Steuererhöhung zu kompensieren. Die Politik der bürgerlich dominierten Aargauer Regierung schwächt am Ende die Gemeinden. Liebe Kolleginnen und Kollegen, bei solch immensen, durch bürgerliche Parteien verursachten Steuermindereinnahmen können wir uns auf Gemeindeebene noch lange über kleine Stellenprozentenerhöhungen in der Schulsozialarbeit oder der Schulverwaltung streiten. Diese machen nur noch den berühmten Tropfen auf dem heissen Stein aus. Ich will keine negative Zukunft von Windisch zeichnen und mache einen Hinweis an die bürgerliche Seite: Wir können die durch den Kanton angestrebten Mindereinnahmen ablehnen.

Die Diskussionen in den Finanzworkshops haben sich gelohnt. Sie schlagen sich in einer optimistischeren Sicht der Entwicklung von Windisch im Budget nieder. Gerade in finanziell unsicheren und etwas undurchsichtigen Zeiten gilt: Mut tut gut. Der Zukunft von Windisch dürfen wir weiterhin mit Zuversicht entgegensehen. Wir danken dem Gemeinderat und speziell dem Leiter Finanzen für die detaillierten Ausführungen und Darstellungen im Bericht, die uns Einwohnerrätinnen und Einwohnerräten die Arbeit sehr erleichtert haben. Die SP-Fraktion wird dem Budget und dem Steuerfuss zustimmen.

Daniel Brassel (EVP): Die EVP-Fraktion hat das Budget studiert und geprüft. Wir können den Ausführungen im Budgetbericht gut folgen und schätzen dessen Qualität. Besten Dank an die Abteilung Finanzen und den Gemeinderat für die geleistete Arbeit. Im Bereich Budgetkredit hat sich für unsere Fraktion ein Fragezeichen ergeben, später mehr von Stefan Fehlmann. Grundsätzlich unterstützen wir das Budget in dieser Form.

Karin Hefti (FDP): Die FDP-Fraktion dankt dem Gemeinderat und der Verwaltung für das aussagekräftige Budget und die Beantwortung der Fragen. Herzlichen Dank der FiGPK für den professionellen Bericht. Mittlerweile sind wir in der vierten Welle der Corona-Pandemie und hoffen alle auf Normalität. Die Budgetierung ist deshalb anspruchsvoll.

Das Budget 2022 sieht bei einem Aufwand von CHF 31.5 Mio. einen Verlust von CHF 467'000 vor, dies bei gleichbleibendem Steuerfuss von 115 %. Das Budget ist infolge der Corona-Pandemie mit gewissen Unsicherheiten behaftet, besonders im Bereich Steuern und Sozialausgaben. Die Steuererträge sind mutiger budgetiert, vermutlich auch näher an der Realität. Der Gemeinderat stuft das Budget als normal ein. Trotz prognostiziertem Verlust legt er kein Sparbudget vor. Die FDP-Fraktion beurteilt die Budgetierung als ausgewogen und stimmt zu.

Wir haben intensiv über die Altlastensanierung der wilden Deponie Fröschegräbe diskutiert und diese am 23. Oktober 2019 bewilligt. Die Sanierungskosten belaufen sich auf CHF 2.318 Mio., nach Beiträgen von Bund und Kanton verbleibt ein Nettoaufwand von CHF 613'500. Da die Sanierung 2021 nicht planungsgemäss durchgeführt werden konnte, erfolgt sie nun 2022. Das Baugesuch inklusive Waldrodung ist am 10. November 2020 beim Kanton eingereicht worden und noch nicht bewilligt. Der Gemeinderat plant eine Nettorückstellung in der Rechnung 2021, um das Budget 2022 zu entlasten. Die Frage der Rückstellung haben wir bereits 2019 gestellt, die hätte man bereits damals machen können. Zwei Jahre später wurde in Rücksprache mit der Gemeindeaufsicht beschlossen, diese Nettorückstellung 2021 zu buchen. Der Grundsatz der Stetigkeit der Rechnungslegung ist nicht erfüllt. Dies ist möglich, sofern die Bedingungen und die Beiträge von Kanton und Bund erfüllt sind. Trotzdem bitte ich die FiGPK dieser Buchung bei der Prüfung der Rechnung 2021 besondere Beachtung zu schenken. Die Abwasserbeseitigung weist 2020 ein Nettovermögen von CHF 14.5 Mio. aus. Die aktuellen Gebühren liegen deutlich über der Höhe, welche für eine langfristig ausgeglichene Rechnung notwendig sind. Unser eingereichtes Postulat betreffend Reduktion Abwassergebühren werden wir unter Traktandum 16 noch beraten.

Es wurde bereits erwähnt: Die finanziellen Herausforderungen liegen in der Zukunft. Der Gemeinderat hat gestützt auf die drei Finanzplanworkshops die Aufgaben- und Finanzplanung aktualisiert. Die Schulanlage Dohlenzelg ist mit CHF 34 Mio. die grösste Investition. Dies wird Auswirkungen haben. Heute haben wir ein kleines Nettovermögen von CHF 707'000, bis 2027 steigt die Nettoschuld auf CHF 36.5 Mio. Das sind

**Protokoll des Einwohnerrates
27. Oktober 2021**

CHF 4'368 pro Einwohner, weit über der kantonalen Empfehlung von CHF 2'500. Der Finanzplan rechnet mit sehr tiefen Zinsen, 0.1 bis 0.9%, und einer laufenden moderaten Erhöhung von 2022 bis 2031. Was passiert, sollten die Zinsen steigen und die Zinslast explodiert? Dies ist ein grosses Risiko. Ebenfalls aufgefallen ist uns die Schulanlage Rütenen. Diese ist mit CHF 8.4 Mio. nur mit 50% der Kosten im Finanzplan eingestellt. Beim Dohlenzelg haben wir einmal CHF 8 Mio. begonnen, heute sind wir 4-5-mal höher. Die Finanzierung der Schulanlage Dohlenzelg wird den Einwohnerrat in der neuen Amtsperiode stark beschäftigen. Dieses Grossprojekt wird unseren Spielraum für andere Projekte oder laufend widerkehrende Kosten stark einschränken. In der Detailberatung werden wir die Streichung der Gemeindetageskarten beantragen. Wir werden dem Budget und dem Steuerfuss von 115% zustimmen.

Detailberatung

Karin Hefti (FDP): Wie erwähnt stellen wir den Antrag auf Streichung der Gemeindetageskarten: Die Budgetposten im Zusammenhang mit den Gemeinde-Tageskarten SBB sind zu streichen. Diese sind nicht mehr zeitgemäss und werden nur noch bis Ende 2023 angeboten. Viele Gemeinden haben das Angebot längst eingestellt, ich verweise auf diverse Zeitungsartikel, der letzte vom 22. Oktober 2021 in der AZ. 2020 belief sich das Defizit auf CHF 27'875, zusätzlich fallen Personalkosten für die Bearbeitung an. Mit einer Vollkostenrechnung wäre das Defizit noch viel grösser. Der Windischer Steuerzahler subventioniert auch Leute die nicht in Windisch wohnen, das GA-Gemeinde aber bei uns kaufen. Die Reiselust bleibt infolge Corona ohnehin weiter eingeschränkt. Wir setzen unsere Ressourcen besser zukunftsgerichtet ein und beschränken uns auf die Kernaufgaben der Gemeinde.

Mirjam Aebischer (SP): Dieser Antrag wurde bereits letztes Jahr gestellt. Wie damals bin ich auch heute gegen eine Streichung. Das Angebot ist bei der Bevölkerung sehr beliebt, das Defizit beträgt nur CHF 8'000, bei einem Aufwand von CHF 56'000. Die Auslastung ist gut, wahrscheinlich etwas über 80%. Es ist ein Zeichen der Bevölkerung gegenüber. Es auch ein Zeichen als Energiestadt, dass wir den ÖV fördern. Ich bitte den Antrag abzulehnen.

Offene Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 16 Ja-Stimmen gegen 19 Nein-Stimme wie folgt

B e s c h l u s s :

Der Antrag auf Streichung der Gemeinde-Tageskarten SBB wird abgelehnt.

Stefan Fehlmann (EVP): Ich habe einen Änderungsantrag zur Position 7710.5040.00. Der Budgetkredit Erneuerung Heizung Friedhofgebäude ist von CHF 120'000 auf CHF 80'000 zu reduzieren und eine Variante Luft-Wasserwärmepumpe zu prüfen. Mein Schriftwechsel mit der Verwaltung ist im Axioma einsehbar. Geplant ist, eine Fernwärmeleitung vom Dorfschulhaus zum Friedhofsgebäude zu ziehen. Das sind ca. 80 Meter und wir sprechen von einer Anschlussleistung von 8 kW, was einem Einfamilienhaus entspricht. Diese Investition erscheint mir unverhältnismässig. Gemäss Planungsbericht kann in diesem Gebäude aufgrund des Energiegesetzes keine Wärmepumpe gebaut werden. Dies ist falsch, was die Verwaltung bestätigt hat, ebenso hat sie bestätigt, dass die Position nochmals geprüft wird. Trotzdem beantrage ich die Reduktion dieser Position. Der Betrag von CHF 80'000 genügt, ich denke, es ist noch für weniger möglich. Zusätzliches Argument ist die Archäologie, die Fernwärme würde im Moment auch mit Gas funktionieren. Ich bitte meinen Antrag zu unterstützen.

Max Gasser, Gemeinderat (FDP): Ich erlebe den Einwohnerrat immer als sehr skeptisch und kritisch, dies ist richtig. Es ist auch sein gutes Recht zu wissen, bevor Geld gesprochen wird, ob Varianten geprüft wurden, der Bedarf ausgewiesen ist und welche Strategie dahintersteht. Mit einer Annahme des Antrages von Stefan Fehlmann wird dies nicht möglich sein. Es werden keine Varianten geprüft, sondern für CHF 80'000 eine Luft-Wasser-Wärmepumpe installiert. Dies wäre schade und ist falsch. Dahinter steht eine Energiestrategie, das Areal soll ergänzt werden. 2018 wurde die Öl- durch eine Gasheizung ersetzt. Bereits heute werden das Bossarthaus, die Bossartschüür und die Turnhalle mit einer Wärmeleitung versorgt. Nun soll die Fernleitung erweitert und das Friedhofgebäude dazu genommen werden. Im Zuge der Gesamtanierung des Dorfschulhauses soll eine Heizzentrale installiert werden. Durch den leeren Tankraum steht genügend Fläche zur Verfügung. Auch die spätere Erweiterung der Kindergärten kann angeschlossen werden, damit alles über eine Heizzentrale läuft. Was es im Endergebnis

bedeutet, kann man heute noch nicht sagen. Es ist aber falsch, jetzt einfach eine Luft-Wasser-Wärmepumpe hinzustellen und keine Varianten mehr zu prüfen. Wir werden Varianten ausarbeiten, es besteht noch kein fertiges Projekt. Als Auslaufmodell im Gemeinderat kann ich nicht mehr zu viel versprechen. Ich empfehle meinen Nachfolgern zu überlegen, ob eine Botschaft nicht der bessere Weg wäre. Es resultiert meistens ein besseres Ergebnis, wenn man sich Zeit nimmt, eine Strategie erarbeitet, Varianten prüft. Eine Botschaft und eine Auflistung aller Varianten mit Vergleichen würden sich wahrscheinlich lohnen. Dafür brauchen wir jedoch den Kredit. Wird dieser gekürzt ist es nicht mehr möglich. Ich empfehle den Antrag abzulehnen.

Toni Burger (Die Mitte): Wir müssen uns bewusst sein, über welches Gebäude wir sprechen. Das Friedhofsgebäude ist nicht bewohnt. Es verfügt über WC-Anlagen und ein Büro, welches nicht täglich genutzt wird. Das Gebäude muss beheizt werden, damit es keinen Schaden nimmt. Für dieses Gebäude werden CHF 120'000 ins Budget eingestellt, um einen Leitungsverband zu realisieren. Wir meinen, hier kann man sparen, es sind andere Lösungen möglich. Auch mit CHF 80'000 sind vom Heizungssystem her noch verschiedene Varianten möglich. Stefan Fehlmann beantragt lediglich die Kürzung des Betrages. Die Aussenhülle des Gebäudes ist noch nicht saniert. Müsste man nicht vorgängig die Gebäudehülle darauf prüfen, ob es eine Wärmedämmung braucht? Dadurch wäre weniger Heizungs volumen notwendig. Viele Fragen sind noch im Raum. Eigentlich wollten wir die Streichung dieses Kredits beantragen. Wir unterstützen den Antrag von Stefan Fehlmann. Für das Warmwasser gibt es heute sehr gute Durchlauf-erhitzer, die Installation eines Boilers ist nicht notwendig.

Martin Gautschi (FDP): Eine Frage an Max Gasser: Wird das Projekt ausgearbeitet und dann wird eine Botschaft mit der präferierten Variante unterbreitet?

Max Gasser, Gemeinderat (FDP): Bei einem Budgetkredit gibt es grundsätzlich keine Botschaft mehr.

Philipp Ammon (SVP): Ich finde den Vergleich der beiden Systeme in einer Budgetdiskussion etwas schwierig. Eine Fernwärmeleitung wird wahrscheinlich 80 Jahre halten, eine Wärmepumpe muss alle 15 bis 20 Jahre ausgetauscht werden. Ich finde diese Diskussion sehr schwierig und nicht repräsentativ.

Fredy Bolt (SP): Ich finde die Diskussion ebenfalls schwierig. Mir sind beide Lösungen unsympathisch. Es ist ein Schnellschuss, dies ist aus dem Votum von Max Gasser herauszuhören. Eine Wärmepumpe ist mir auch nicht sympathisch, da sie sehr viel Energie braucht, Photovoltaik steht nicht zur Verfügung. Wäre es nicht sinnvoller, sofern die bestehende Heizung noch 1-2 Jahre genügt, den Kredit aus dem Budget zu streichen, damit eine sorgfältige Evaluation über die Zukunft der Energieversorgung in diesem Gebiet gemacht werden kann. Alternativen können geprüft werden, ebenso ob mit einer Energiesanierung des Gebäudes noch etwas erreicht werden kann. Kann die Heizung in diesem Zustand noch einige Jahre betrieben werden? Aus dem Votum von Max Gasser war herauszuhören, dass er nicht unglücklich darüber wäre, dem Einwohnerrat einen seriösen abgeklärten Verpflichtungskredit zu unterbreiten.

Max Gasser, Gemeinderat (FDP): Ich kann eine Verschiebung zu wenig beurteilen. Die Dringlichkeit ist sicher gegeben, man muss es angehen. Ich habe vorher meine persönliche Haltung durchblicken lassen. Ich wäre froh, wenn nicht eine schnelle Übung gemacht wird, bin aber auch froh, wenn man das Geld unverändert im Budget belässt. Es ist Aufgabe des neuen Gemeinderates sauber abgewogene Varianten und Gegenüberstellungen auszuarbeiten.

Stefan Fehlmann (EVP): Genau diese Diskussion wollte ich nicht. Ich habe lange überlegt, ob ich meine Frage an die Verwaltung stellen soll. Ich bin beruflich in diesem Bereich tätig und ich finde den Betrag unverhältnismässig. Ich wollte Gemeinderat und Verwaltung bitten, diese Investition nochmals zu überdenken. Ein 18-seitiges Papier für eine Heizung, welche für ein Einfamilienhaus (8 kW) gedacht ist, von einem Planungsbüro, welches Fernwärme als Lösung ansieht, weil eine Wärmepumpe nicht möglich sei. Das stimmt so einfach nicht. Ich wehre mich nicht gegen die Fernwärme. Ich habe drei Jahre beim AEW bei der Fernwärme gearbeitet und kein Energieversorger baut 80 Meter Fernwärmeleitung für ein Einfamilienhaus. Dies macht ökologisch und ökonomisch keinen Sinn. Diese Diskussion muss nicht weitergeführt werden. Ich bitte den Gemeinderat die Sachlage nochmals zu prüfen, der Bericht ist mangelhaft.

Fredy Bolt (SP): Ich beantrage den Budgetposten zu streichen. Dies ermöglicht dem Gemeinderat nächstes Jahr auf einer sauberen Basis einen Verpflichtungskredit zu unterbreiten.

Heidi Ammon, Gemeindepräsidentin (SVP): Je nach Variante sprechen wir von CHF 75'000 bis 80'000, dieser Betrag liegt in der Kompetenz des Gemeinderates, ebenso der Budgetkredit. Ist es nicht möglich, den Betrag im Budget zu belassen und den Gemeinderat zu beauftragen, die Varianten nochmals zu prüfen? Eine gewisse Dringlichkeit ist da. Ich weiss nicht, ob die notwendige Zeit für eine sorgfältige Prüfung bis jetzt gefehlt hat. Mit dem Budgetkredit holen wir uns den finanziellen Rahmen, nach der Genehmigung wird das Projekt sorgfältig ausgearbeitet. Dies ist das korrekte Vorgehen bei einem Budgetkredit. Ich bitte davon abzusehen eine Botschaft zu verlangen, diese Investition liegt in der Kompetenz der Verwaltung.

Philipp Umbricht (FDP): Ein formeller Hinweis: Ein Budgetkredit berechtigt den Gemeinderat das Geld im nächsten Jahr auszugeben. Er beginnt frühestens am 1. Januar 2022 und muss bis am 31. Dezember 2022 beansprucht sein. Ob dies bei dieser Ausgangslage funktioniert bezweifle ich. Ich habe grosse Sympathien für den Antrag von Fredy Bolt. Nochmals von vorne beginnen, allenfalls selbst entscheiden oder eine Botschaft ausarbeiten. Ich bezweifle, dass dieses Projekt in einem Jahr abgeschlossen ist.

Luzia Capanni (SP): Ich empfehle ebenfalls den Budgetkredit zu streichen. Der zukünftige Gemeinderat wird ein Energieleitbild erarbeiten. Vielleicht wird durch dieses bestimmt, wie mit Heizungen umgegangen wird.

Fabian Schütz (SVP): Ich schliesse mich dem Antrag von Fredy Bolt an. Nachdem ich Stefan Fehlmann und den Gemeinderat gehört habe, frage ich mich, wie dringend die Sache wirklich ist, wenn es nicht besser begründet werden und ein besseres Projekt mit dem Budgetkredit verlangen kann.

Philipp Ammon (SVP): Ich geniesse diese Diskussion, bei der Schulsozialarbeit hatten wir eine Botschaft, hier haben wir gar nichts. Einmal mehr ein Bauprojekt und es wird unglaublich philosophiert. Ich habe schnell nachgeschaut. In Deutschland geht man davon aus, dass eine Fernwärmanlage 60 Jahre lebt. In dieser Zeit wechselt man die

Luft-Wasser-Wärmepumpe dreimal aus. Dies fällt in einer Gemeinde unter Kleinunterhalt bzw. muss in der Kompetenz der Verwaltung liegen. Es wird noch andere solche Positionen im Budget haben. Diesen Posten zu stigmatisieren und dafür eine Botschaft zu verlangen finde ich unverhältnismässig. Vorher wurde der Verwaltung das Vertrauen ausgesprochen, jetzt will man die Kompetenz wieder an sich reißen. Genehmigen wir den Kredit und beauftragen den Gemeinderat, dies sauber, über den Lifecycle, kostenoptimiert auszuarbeiten. Es ist überhaupt kein Problem, dies innerhalb eines Jahres umzusetzen.

Offene Abstimmungen

Budgetkredit Heizung Friedhofgebäude

Gegenüberstellung Anträge Bolt / Fehlmann

Auf den Antrag von Stefan Fehlmann entfallen 6 Stimmen

Auf den Antrag von Fredy Bolt entfallen 19 Stimmen

Abstimmung Antrag Fredy Bolt - Streichung Budgetkredit

Der Einwohnerrat stimmt der Streichung des Budgetkredits Heizung Friedhofgebäude mit 24 Ja- gegen 13 Nein-Stimmen zu.

Pascal Schlegel, Einwohnerratspräsident (SVP): Auch von meiner Seite herzlichen Dank an die FiGPK. Ich staune über euren ehrenamtlichen grossen Arbeitsaufwand, mein grösster Respekt für dies. Danke auch an Michael Schleuniger, sein Team und die ganze Verwaltung. Es wurde schon oft gesagt, dass die Qualität, die Übersicht, in den letzten Jahren gestiegen ist. Diese Extrameile der Verwaltung gilt es zu würdigen.

Offene Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 37 Ja-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Das Budget 2022 wird mit einem Steuerfuss von 115 % genehmigt.

6 Kreditabrechnung Photovoltaik-Anlage auf der Schulanlage Chapf

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Offene Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 38 Ja-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Die Kreditabrechnung „Photovoltaik-Anlage auf der Schulanlage Chapf“ wird genehmigt.

Schluss der Sitzung: 21.50 Uhr

EINWOHNERRAT WINDISCH

Der Einwohnerratspräsident:



Der Gemeindeschreiber II:

